

Der vlbs im Gespräch mit der Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig (MP)

In dem Gespräch, das online stattfand und an dem neben Vertreterinnen und Vertretern des vlbs die Bildungsministerin, Dr. Stefanie Hubig, die Abteilungsleiterin 4A, Petra Jendrich, und Evelyne Kerner teilnahmen, ging es um die Themen Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen, die Forderung nach einer „digitalen Stunde“, die Erhöhung der 3/6- und der Schulleitungspauschale und um die Lehrergesundheit.

Der vlbs steht in einem konstruktiven Dialog mit dem Bildungsministerium, so die stellvertretende Landesvorsitzende des vlbs, Mareike Schumacher. So konnten schon häufiger Ansätze für Problemlösungen gefunden werden, an denen von beiden Seiten weitergearbeitet wurde.

Frau Dr. Hubig berichtete, dass es ihr wichtig sei, wieder in einen regelmäßigen Austausch mit den Verbänden zu kommen, da es viel zu besprechen gäbe, wie z.B. die Problematik im Zusammenhang mit der Coronapandemie, der Flutkatastrophe im Ahrtal und als dritte Krise in so kurzer Zeit, der Krieg in der Ukraine. Die Coronapandemie habe alle sehr stark belastet. Im Ahrtal hätten sich die Verbände, die Personalräte und viele Schulen, die nicht unmittelbar betroffen waren, sehr engagiert und eingesetzt, so die Bildungsministerin.

Nun komme noch der schreckliche Ukrainekrieg dazu, der für die dort lebenden Menschen furchtbar sei. Mitten in Europa werde ein anderes Land überfallen, was nur schwer vorstellbar sei, gerade für die, die in Frieden aufgewachsen sind.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Gespräch, v.l.n.r.: Mareike Schumacher, Andreas Hoffmann, Dr. Stefanie Hubig, Evelyne Kerner, Horst Engel, Katharina Schmitz, Markus Penner, Petra Jendrich und Uschi Killing.

Alle hatten gedacht und gehofft, dass Corona im kommenden Sommer keine so große Rolle mehr spielen werde und das Leben sich normalisieren könnte. Aber leider sei die Situation schwieriger geworden.

„Wir alle arbeiten daran, den ukrainischen Kindern und Jugendlichen das Ankommen zu erleichtern und ihnen entsprechende Strukturen zu schaffen“, betonte die Ministerin. Zurzeit sei aber noch nicht abzuschätzen, wie viele Schülerinnen und Schüler in die BBS gehen werden. Die größere Anzahl seien zurzeit Kinder im Kita- und Grundschulalter.

Im Gegensatz zur Flüchtlingskrise 2015 würden überwiegend Frauen und Kinder kommen. Die Männer müssten in der Ukraine bleiben. Aktuell würden mit allen Beteiligten, wie der Schulaufsicht, dem Pädagogischen Landesinstitut, dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung sowie den Kommunen

Vorbereitungen dafür getroffen werden, damit ukrainische Kinder und Jugendliche die Schulen und Kitas besuchen können. Dazu würden beispielsweise die Einrichtung von Deutsch-Intensivkursen sowie das Angebot von Ukrainisch als Herkunftssprachenunterricht gehören. Zudem soll es ukrainischen Lehrkräften, die nach Rheinland-Pfalz kommen, für diese Zeit ermöglicht werden, hier zu unterrichten“, so die Ministerin.

Horst Engel stellte die Frage, wie sich die Schulpflicht der jungen Menschen gestalten lässt, damit sie nicht monatelang von der Schule fernbleiben müssen.

Frau Dr. Hubig informierte, dass die Schülerinnen und Schüler möglichst schnell in die Schule kommen sollen. Die Schulpflicht werde mit der Anmeldung bei den Einwohnermeldeämtern, also spätestens nach den drei Monaten, beginnen.

Zum Thema Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen berichtete Horst Engel, dass zu den vorhandenen Belastungen weitere hinzukämen. Zu Beginn des letzten Jahres habe der vlbs eine Umfrage zur Belastung der Lehrkräfte durchge-

In dieser Ausgabe:

Titelseite bis Seite 15 • Der vlbs im Gespräch mit der Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig

Seite 15 • IN KÜRZE

Seite 16 • Welcome to the Jungle: Steuertipps für Lehrkräfte

20. vlbs-Beachvolleyballturnier in Ludwigshafen

Neuer Schulplaner des vlbs

führt. Dabei spielte die Coronapandemie eine Rolle, aber auch perspektivisch wurde gefragt, was sich die Kolleginnen und Kollegen sowie die Schulleitungen an Entlastungen wünschen würden. Als Roter Faden konnte festgestellt werden, dass die Leistungsgrenze erreicht sei. Wobei die administrativen Arbeiten so umfangreich seien, dass das Kerngeschäft, die pädagogische Arbeit, oft zu kurz komme.

Der vlbs schrieb daraufhin einen entsprechenden Brief an das Bildungsministerium, in dem er forderte durch zusätzliche Verwaltungsangestellte administrative Arbeiten in die Hände schulferner Personen zu legen, um so die Kolleginnen und Kollegen zu entlasten.

Nach Ansicht von Dr. Stefanie Hubig haben die Kontaktnachverfolgung und die Quarantäne die Schulen stark belastet. Dabei habe das Bildungsministerium (BM) immer versucht, die Situation für die Schulen möglichst erträglich zu gestalten. So wurden die Quarantänevorschriften im Januar dahingehend verändert, dass die Kontaktnachverfolgung entfallen konnte.

Bei der Reduzierung der Belastung habe das BM auch die Entlastungstunden bzw. die Anrechnungspauschale im Blick. Es stünden insgesamt 4.500 Anrechnungstunden für Schulleitungsaufgaben zur Verfügung, was 180 Vollzeitäquivalente bedeute.

Zu überlegen wäre, ob bestimmte Aufgaben gestrichen werden könnten, da diese eventuell nicht mehr gebraucht würden. Für die Verwaltungsaufgaben gab es in den allgemeinbildenden Schulen ein Modellprojekt, das vorsah, acht Anrechnungstunden gegen eine halbe Verwaltungskraft einzutauschen. Das könnte auch ein Modell für die BBS sein, so die Ministerin.

Eine weitere Möglichkeit der Entlastung könnten multiprofessionelle Teams darstellen, wie sie in der BVJ-Reform in Form von zusätzlicher Schulsozialarbeit nur für diesen Bildungsgang geplant sind.

Eine weitere Entlastung könne über das C-Budget, also das Fortbildungs- und Schulentwicklungsbudget, erreicht wer-

den, indem entsprechende zusätzliche Expertise eingekauft werde.

Aus Sicht von Frau Jendrich sei es nicht sehr effektiv, wenn die Schulen mit der Gießkanne weitere Entlastungen erhielten. Gemeinsam müsse man in andere Richtungen denken, wie z.B. in die Richtung der schon erwähnten multiprofessionellen Teams. Auch gäbe es das EQul-Budget, um befristet andere Professionen einzustellen. Ein gutes Beispiel seien die Medienpädagogen an der BBS Kaiserslautern 2 oder der BBS Mainz 1.

Schulleitungen könnten auch entlastet werden, indem sie Aufgaben delegieren oder überprüfen, welche Aufgaben gestrichen oder anders gemacht werden könnten, natürlich in Absprache mit der ADD oder dem BM.

Mareike Schumacher ist der Auffassung, dass das Problem der Arbeitsbelastung insgesamt nicht lösen könne, da es nur eine Umverteilung vorhandener Arbeit sei. Zielführender wäre das Herausfiltern von Aufgaben, die dann entfallen könnten, um die Schulleitungen aber auch die Kolleginnen und Kollegen zu entlasten.

Uschi Killing berichtete von dem konkreten Beispiel der Vorlage von jeweils drei Exemplaren korrigierter Klassenarbeiten, bzw. aller Leistungsfeststellungen bei der Schulleitung. Diese müsse die Exemplare dann u.a. durchschauen und unterschreiben, was sehr viel Zeit in Anspruch nehme. In einem großen System seien das in Stoßzeiten hunderte von Leistungsfeststellungen. Uschi Killing schlug vor, diese nicht mehr generell vorlegen zu müssen, sondern nur noch auf Verlangen. Für die Ministerin sei das ein guter Vorschlag zur Reduzierung von Arbeit. Zudem bat sie den vlbs, ihr noch mehr solcher Vorschläge zu machen, um dann zusammen mit der Schulaufsicht zu diskutieren, wie eine Entlastung zu erreichen sei.

Perspektivisch werde die Schüler-Lehrer-Relation von Jahr zu Jahr besser und in der letzten Legislaturperiode wurden 1.000 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt. Dennoch werde weiterhin gesagt, es habe sich nicht viel verändert, die Belastungen seien weiterhin zu hoch. Darum müsse strukturell etwas verändert werden. Das

Projekt „Schule der Zukunft“ gehe in diese Richtung mit mehr Selbstständigkeit von Schule. Die Schulen müssten dann aber auch von dieser Selbstständigkeit Gebrauch machen, so die Ministerin.

Andreas Hoffmann war der Meinung, die Wertschätzung sei für die Kolleginnen und Kollegen sehr wichtig. Im Schreiben vom 13.06.2021 habe Frau Dr. Hubig die Lehrkräfte deutlich gelobt für den Einsatz während der Coronapandemie. So konnten durch das Engagement die Schulen offen bleiben und die Schülerinnen und Schülern weiter beschult werden.

Aber wie drücke sich diese Wertschätzung ganz konkret aus? Der dbb und die Gewerkschaften haben sich für die Erhöhung der Bezüge eingesetzt, aber die Erhöhung werde mittlerweile aufgefressen durch die Inflation. Mit einer Lohnerhöhung verbinde sich seiner Ansicht nach somit keine Wertschätzung. Von daher sei ein wichtiges Signal vom BM, im Nachhinein auf die Mehrbelastung zu reagieren.

Darum fordere der vlbs für den Zeitraum von zwei Jahren eine Reduzierung des Deputats um eine Wochenstunde, der sogenannten „Digitalen Stunde“. Diese Stunde solle genutzt werden, damit sich die Kolleginnen und Kollegen über ihre digitalen Lehr- und Lernkonzepte austauschen können. Auch könnten gemeinsame Fortbildungen initiiert werden.

Die digitale Stunde müsste für alle Schulen gelten, so die Ministerin, was allerdings einen Umfang von 8.000.000 Unterrichtsstunden bedeute. Im Vergleich zu anderen Bundesländern betrage das Stundendeputat in Rheinland-Pfalz 24 statt 25 Stunden. Somit stehe Rheinland-Pfalz gut da. Zudem stelle sich die Frage, ob diese befristete Reduzierung einen längerfristigen Nutzen habe.

Frau Jendrich sah dabei das Problem der Akzeptanz bei der Reduzierung auf Zeit, denn nach dem Ablauf müsse das Stundendeputat wieder auf 24 Stunden erhöht werden, was erfahrungsgemäß zu Unmut führe, auch wenn es im Vorfeld so vereinbart wurde.

Ein weiteres Problem der Anrechnungstunden sei für die Ministerin die man-

IN KÜRZE (MP)

Der Fachkräftemangel gilt als eines der drängendsten Probleme für die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Mittelstandes. Darum fordert der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) bürokratische und rechtliche Hürden für nicht-akademische Arbeitskräfte aus dem Ausland zu verringern, um eine schnellere Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Mit der Einführung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes entfällt zwar die Vorrangprüfung für Mangelberufe, entscheidend sei aber weiterhin die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen beziehungsweise die Gleichwertigkeit der Abschlüsse. Viele ausländische Bewerber würden den aktuellen Regelungen nicht entsprechen, obwohl sie die geforderten Fachkenntnisse vorweisen könnten. Die Anerkennungsverfahren müssten beschleunigt werden, sodass schneller geeignete Fachkräfte in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten, so der Verbandspräsident des European Association for Training Organisations e.V. (EATO) Gerhard Wächter. *Quelle: BVMW, 09.05.2022*

In der ersten Maiwoche ist der Startschuss für den „Sommer der Berufsbildung“ gefallen. Dabei werden Interessierte über die duale Aus- und Weiterbildung informiert. Jugendliche kommen mit Betrieben, Fördereinrichtungen und Vermittlungsorganisationen zusammen und werden motiviert, eine Ausbildung zu starten. In zahlreichen Veranstaltungen werden von Mai bis Oktober wichtige Themen aufgegriffen, wie z.B. die Berufsorientierung oder die Attraktivität der Ausbildung. Der „Sommer der Berufsausbildung“ fand im vergangenen Jahr erstmals statt und war mit über 800 Veranstaltungen sehr erfolgreich. In mehr als 323 dual zu erlernenden Ausbildungsberufen können Jugendliche ihre individuellen Stärken und Talente nutzen und entwickeln, um dann in eine Zukunft mit vielfältigen Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten zu starten. Mit der Aktion soll für das international bekannte deutsche Erfolgsmodell der dualen Ausbildung sowie die vielfältigen Unterstützungsangebote geworben werden. *Quelle: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), 04.05.2022*

gelnde Wahrnehmung dieser Entlastung. Darum bezweifle sie, dass eine befristete Reduzierung hilfreich sei.

Ihr sei bewusst, dass die Lehrkräfte im Bereich der Digitalisierung anders aufgestellt seien, als noch vor fünf Jahren. Wenn man allerdings digital fit sei, dann hätte das auch eine Erleichterung der Arbeit zur Folge.

So habe das BM, auch auf Betreiben des vlbs, einen zweiten digitalen Studientag zur Verfügung gestellt, der auf Antrag durchgeführt werden könne. Mit einem solchen digitalen Studientag bestehe für das Kollegium die Möglichkeit, sich auszutauschen, so die Ministerin.

Ihr sei es weiterhin ein großes Anliegen, Dinge, die umsetzbar seien, auch durchzuführen. Auch durch mehr Schulsozialarbeit könnten Freiräume geschaffen werden.

Für Frau Jendrich habe gerade im Zusammenhang mit den Beförderungsstellen A13 nach A14 die Schulleitung die Aufgabe der Personalentwicklung für das gesamte Kollegium. Dazu gehöre aber auch, Aufgaben zu delegieren. Die Lehrkräfte könnten durch die Übernahme von Aufgaben Erfahrungen sammeln.

Andreas Hoffmann gab zu bedenken, dass dazu ein bestimmter Verfahrensablauf erforderlich sei, z.B. durch eine Interessenabfrage, die im Lehrerzimmer ausgehängt werde. Es müsse ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren sein. Dem stimmten die Ministerin und Frau Jendrich zu.

Mareike Schumacher ergänzte, dass gerade in dem Spannungsfeld zwischen Lehrergesundheit und zu vielen Belastungen darauf zu achten sei, dass die Fortbildung in Sachen Digitalisierung nicht in der Freizeit erfolge, sondern ein Teil der gebundenen Arbeitszeit sei.

Im Zusammenhang mit der Lehrergesundheit waren für Markus Penner zwei Aspekte von Bedeutung. Das eine seien die Lüftungsanlagen in den Schulgebäuden. Es müsse perspektivisch darauf geachtet werden, bei Renovierungsarbeiten oder Neubauten entsprechende

Lüftungsanlagen zu planen und einzubauen. Der zweite Aspekt sei die Schadstoffbelastung, die in einzelnen Schulen doch sehr hoch sei. In den letzten beiden Jahren konnte sich niemand, bedingt durch die Pandemie, darum kümmern. Es sei allerdings wichtig, auch diesen Aspekt im Blick zu behalten.

Frau Dr. Hubig wies darauf hin, dass die Schulbauten in die Zuständigkeit der Schulträger fallen. Das Land sei hier nicht zuständig. Aber dennoch werden von Seiten des Landes die Schulträger auf die Problematik, im Sinne einer Unterstützung, angesprochen.

Für die Werkstatträume, die nicht gut belüftet werden können, gab es ein Lüftungsprogramm. So konnten mobile als auch fest verbaute Lüftungsanlagen von den Schulträgern gekauft werden. Das Land habe das immer beworben, zudem werde ein zweites Programm aufgelegt. Wichtig sei, an die Schulträger heranzutreten, damit diese entsprechende Initiativen ergreifen könnten.

In dem Zusammenhang verwies die Ministerin auf das Institut für Lehrergesundheit, das zum Land gehöre. Auch die Unfallkasse könne mit einbezogen werden. Als eine Art Bedienungsanleitung gäbe es eine Prozesshilfe für Schulleitungen und Schulträger zum Vorgehen bei gesundheitlichen Bedenken durch Schadstoffbelastungen an Schulen.

Nach Ansicht von Mareike Schumacher wäre es ein Anreiz, den A14-Stellenanteil zu erhöhen, gerade wenn schon Teile der Aufgaben von der Schulleitung an das Kollegium übertragen werden. Diese Aufgabenübertragung geschieht oft im Zusammenhang mit der Beförderung von A13 nach A14.

Die Bildungsministerin versicherte, dieses Anliegen nicht aus den Augen zu verlieren und ergänzte, dass das BM dies in der Vergangenheit vorangetrieben habe und es auch weiter vorantreiben wolle.

Zum Abschluss des Gespräches bedankte sich Mareike Schumacher bei allen Beteiligten für das konstruktive Gespräch, aus dem alle entsprechende Hausaufgaben mitnehmen konnten.

Welcome to the Jungle: Steuertipps für Lehrkräfte (MP)



Teilnehmerinnen und Teilnehmer während der Onlineveranstaltung des vlbs zum Thema Steuertipps für Lehrkräfte. Corinna Jonas (oben links) führte durch die Veranstaltung. Besonders erfreut waren alle, dass Harry Wunschel (oben Mitte) dabei war.

Im Rahmen der Onlineveranstaltungen des vlbs fand Anfang April die sehr aufschlussreiche Veranstaltung „Welcome to the Jungle: Steuertipps für Lehrkräfte“ statt.

Als ausgewiesene Expertin konnte die Kollegin Corinna Jonas gewonnen werden. Sie unterrichtet an der BBS Wirtschaft Trier Rechtslehre und Sozialkunde. Der Vortrag startete mit dem Satz aus

einem BGH-Urteil von 1965, der lautet: „Wer die Pflicht hat, Steuern zu zahlen, hat das Recht, Steuern zu sparen“.

Das zentrale Thema der Veranstaltung bildete die Möglichkeit der Anerkennung von Werbungskosten für Lehrkräfte.

Darunter fällt der Arbeitnehmer-Pauschbetrag, wie auch die Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstelle.

Auch fallen die Reisekosten, Telekommunikationsaufwendungen, Arbeitsmittel, das Arbeitszimmer und auch die Beiträge für Berufsverbände darunter. Die Liste liese sich noch weiter fortführen.

Beim Thema der steuerfreien Einnahmen ging Corinna Jonas auf die Aufwandsentschädigungen als Übungsleiter oder den Ehrenamtsfreibetrag ein. Natürlich fällt auch die Corona-Sonderzahlung darunter.

Nicht zu vergessen ist, dass die Einkommenssteuererklärung grundsätzlich bis zum 31.07. des Folgejahres abgegeben werden sollte. Allerdings endet die Abgabefrist für das Steuerjahr 2021 am 30.09.2022 (ohne Steuerberater).

Am Ende der sehr kurzweiligen Veranstaltung fühlten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer deutlich besser für die Erstellung der nächsten Steuererklärung gerüstet.

20. vlbs-Beachvolleyballturnier in Ludwigshafen (Rainer Himbert)

Der vlbs Bezirksverband Vorderpfalz lädt nach 2-jähriger Coronapause zusammen mit dem Ortsverband Ludwigshafen wieder zum traditionellen Ludwigshafener Lehrervolleyballturnier ein.

Das Turnier findet als Beachvolleyballturnier am Mittwoch, 15. Juni 2022, ab 15:45 Uhr auf der Beachanlage des VBC Ludwigshafen im Heuweg 144 statt. Bei Regen findet das Turnier in der Sporthalle der BBS Technik in der Franz-Zang-Str. Ludwigshafen statt. In jeder teilnehmenden Mannschaft, die aus vier Aktiven besteht, soll mindestens eine Spielerin sein. Es wird nach normalen Volleyballregeln gespielt.

Anmelden können Sie sich bei Rainer Himbert BBS Technik 1, Franz-Zang-Str. 3-7, 67059 Ludwigshafen, Tel.: 06821/ 730325, mobil: 0163 9708 128, per What`s App, E-mail: Rainer57himbert@gmx.de, Anmeldeschluss ist der 10. Juni 2022.

Neuer Schulplaner des vlbs (MP)

Aufgrund der sehr vielen positiven Rückmeldungen bezüglich des Schulplaners für BBS-Lehrkräfte 2021/22 hat der vlbs

auch für das kommende Schuljahr den vlbs-Schulplaner aufgelegt.



Einen besonderen Dank geht dabei an Joachim Lemmen, der nicht nur für das Layout verantwortlich ist, sondern unseren Schulplaner überhaupt erst möglich gemacht hat.

Schulplaner
für BBS-Lehrkräfte
2022/23



Die Versendung des „Schulplaners für BBS-Lehrkräfte 2022/23“ an die einzelnen Ortsverbände wird in den nächsten Wochen erfolgen.

vlbs-aktuell

Herausgeber • Verband der Lehrerinnen & Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705, www.vlbs.org

Vorsitzender • Harry Wunschel, Etiennestraße 9, 67657 Kaiserslautern, Telefon 0631-97993, Harry.Wunschel@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout • Markus Penner, Römerstraße 10, 55411 Bingen, Telefon 06721-400834, Markus.Penner@vlbs.org

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Einsender von Berichten, Briefen u.Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht.

Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

vlbs-aktuell wird Klimaneutral gedruckt und erscheint grundsätzlich einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.